

Fragen und politischen Maßnahmen auf kommunalpolitischem Gebiet werden gemeinsam besprochen und durchgeführt, wobei die Kreisverwaltung auf dem Verwaltungsweg (nicht zu verwechseln mit bürokratischem Weg) und die Kreisleitung über die Ortsgruppen der Partei für die Verwirklichung dieser Maßnahmen arbeiten. So war es zum Beispiel bei der Einbringung der Ernte. Die Kreisermtekommission trat wöchentlich zusammen, um über den Stand der Ernteeinbringung zu beraten und die nächsten Schritte festzulegen. Die Genossen, die in diesen Kommissionen mitarbeiteten, berichteten der Abteilung Staatliche Verwaltung und Wirtschaft oder dem Sekretariat vom Stand der Ernteeinbringung. Auf diese Weise war es möglich, über die Ortsgruppen der Partei die Kreisverwaltung in ihrer Arbeit wesentlich zu unterstützen.

Die gleiche Methode wurde bei der Differenzierung angewandt, indem die Kreisleitung laufend durch die Genossen, die der Kreis-Differenzierungskommission angehörten, über die Schwierigkeiten bei dieser Arbeit informiert wurde und deshalb mit ihren Instruktoren eine gute Unterstützung geben konnte.

Durch diese gegenseitige Verbindung erhält die Kreisleitung der Partei einen genauen Überblick über die Arbeit der Kreisverwaltung und kann vor allem nunmehr die führende Rolle der Partei auch auf diesem Gebiet mit Hilfe von Parteaufträgen, Beschlüssen des Sekretariats usw. zum Ausdruck bringen.

Die politische Schulung der Bürgermeister ist noch ungenügend

Die vierte Schwäche der Kreisleitung bestand in der ungenügenden Schulung der Bürgermeister sowohl auf fachlichem als auch auf politischem Gebiet. Anfang dieses Jahres begann man zwar mit der fachlichen Schulung, aber die politische Schulung wurde noch unterschätzt.

Dieser Zustand hat sich auch in den letzten Monaten nicht geändert, obwohl der Arbeitsplan des kommunalpolitischen Ausschusses vorsieht, daß

„ab sofort zu jedem Lehrgang der Kreispartei-schule mindestens fünf Bürgermeister und Gemeindegemeinschaften entsandt werden“

(wobei es sich selbstverständlich nur um Genossen handeln kann) und

„in den Sommermonaten neben der bisher durchgeführten Schulung der Gemeindegemeinschaften die Bürgermeister und die Vorsitzenden der Gemeindevertretungen zu Wochenendkursen Zusammenkommen.“

Hier spielen allerdings objektive Gründe eine Rolle. Die Lehrgänge der Kreispartei-schule finden bereits seit mehreren Monaten nicht mehr statt, weil die Schulen durch Sonderkurse für die Zirkelleiter belegt sind. Die Wochenendschulung der Bürgermeister wurde einmal durchgeführt, aber dann im Hinblick auf die Wahlvorbereitungen wieder eingestellt.

Es wird also die Aufgabe der Genossen in der Kreisleitung sein, ihr besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß

- a) die Genossen Bürgermeister und Gemeindegemeinschaften entsprechend ihrem ideologischen Niveau in das Partei-schulungssystem eingestuft sind und tatsächlich an der Schulung teilnehmen,
- b) bei Beginn der neuen Lehrgänge an der Kreispartei-schule regelmäßig fünf Genossen Bürgermeister und Gemeindegemeinschaften für die Lehrgänge berücksichtigt werden,
- c) die Wochenendkurse für die Bürgermeister nach den Wahlen wieder aufgenommen werden.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß eine grundlegende Wandlung in der kommunalpolitischen Arbeit der Schweriner Kreisleitung unserer Partei eingetreten ist. Jetzt kommt es darauf an, die lebendige Verbindung zu den Ortsgruppen der Partei weiter zu erhalten und auszubauen, die operative Arbeitsweise auf die gesamte Arbeit der Kreisleitung zu übertragen, die führende Rolle der Partei, wie sie im Kreismaßstab gegenüber der Kreisverwaltung zum Ausdruck kommt, auch in den Gemeinden durchzusetzen und die Schulung der Bürgermeister auf politischem Gebiet aufzunehmen. Damit schaffen unsere Genossen in Schwerin die Voraussetzungen dafür, daß auch in ihrem Kreis die großen politischen Aufgaben, die uns der III. Parteitag gestellt hat, gelöst werden können.

Lehrt auch die Massen, Kritik und Selbstkritik üben!

Die Partei Lenins und Stalins ist uns in allem Vorbild. Insbesondere hat sie uns gelehrt, daß die revolutionäre Kritik und Selbstkritik das Lebenselement einer marxistisch-leninistischen Partei ist. Das heißt aber, daß wir auch die Kritik der Massen richtig zu beurteilen verstehen lernen, daß wir die Menschen zur Kritik und Selbstkritik erziehen. Genosse Stalin sagt hierzu folgendes:

„Möge die Partei, mögen die Bolschewiki, mögen alle ehrlichen Arbeiter und werktätigen Elemente unseres Landes die Mängel unserer Arbeit, die Mängel unseres Aufbaues aufdecken, mögen sie Wege zur Liquidierung unserer Mängel aufzeigen, damit es in unserer Arbeit und in unserem Aufbau keinen Stillstand, keinen Sumpf, keine Fäulnis gibt, damit unsere ganze Arbeit, unser ganzer Aufbau Tag für Tag besser wird und von Erfolg zu Erfolg schreitet.“

(„Stalin, der Lenin von heute“, Verlag „Tägliche Rundschau“, Berlin 1950, S. 11, 12.)

Und Wilhelm Pieck zieht in seinem Rechenschaftsbericht vor dem III. Parteitag unter anderem folgende Schlußfolgerung aus der bisherigen Arbeit:

„Die schöpferische Initiative und Mitarbeit der Volksmassen für die staat-

liche Verwaltung und die Kritik und Selbstkritik ist zu entfallen. Sie soll der Verbesserung unserer Arbeit, der Durchführung der Regierungsbeschlüsse und der weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung dienen. Die regelmäßige Berichterstattung der Verwaltungsorgane und der Abgeordneten vor der Bevölkerung ist einzuführen, die Abgeordneten sind stärker zur Lösung praktischer Aufgaben des staatlichen Aufbaues, der Entwicklung der Industrie, des Handwerks, der kommunalen Versorgungsbetriebe, zur Verbesserung der Schulen, Krankenhäuser usw. heranzuziehen.“

(„Neues Deutschland“, 21. 7. 1950, Nr. 167, S. 6.)

Es geht also darum, den werktätigen Menschen, ja der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik klarzumachen, daß durch ihrer aller Mitarbeit, durch das Aufzeigen von Mängeln und Schwächen, durch sachliche und helfende Kritik ihr Leben verbessert werden kann.

So ereignete sich zum Beispiel im Gensungsheim der VAB in Buckow folgendes: Obwohl hier das Heim sauber eingerichtet und die Betreuung gut war, stellten sich im Laufe der Zeit verschiedene Mängel heraus, die die Verpflegung, die Heimord-

nung, die Liegestühle, die Zeitschriftenabonnements usw. betrafen. Jetzt traten verschiedene Tendenzen auf: die einen — und von den 61 Patienten die Mehrzahl — diskutierten (oder besser gesagt: meckerten und nörgelten) über diese Dinge sozusagen am Rande des Alltags. Die anderen, Genossen und fortschrittlich eingestellte Patienten, wollten eine öffentliche Diskussion, in der kritisch und selbstkritisch zu all diesen Mängeln Stellung genommen werden sollte. Es kam zu Meinungsverschiedenheiten, wobei man die Argumente der anderen („Wozu Staub aufwirbeln?“, „Keine Parlamentsversammlung!“) widerlegte.

Die öffentliche Aussprache wurde mit der Heimleitung durchgeführt. Hier wurden zur Abstellung dieser Mängel Vorschläge unterbreitet. Leider geschah diese Aussprache erst am Schluß unseres Aufenthalts, so daß nicht wir selbst, sondern unsere Nachfolger kontrollieren müssen, ob aus der Kritik die richtigen Schlußfolgerungen gezogen wurden. Auf jeden Fall aber war sie richtiger als das Nörgeln am falschen Platz.

Unsere Aufgabe als Parteimitglieder muß es sein, mitzuhelfen, daß die Kritik und Selbstkritik überall entfaltet wird, in den volkseigenen und privaten Betrieben, den staatlichen Verwaltungen, Schulen und Universitäten —, daß die Kritik und Selbstkritik der Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik in Fleisch und Blut übergeht. Horst Köpstein